



POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Oberste Bundesbehörden

Abteilungen Z und B
- im Hause -

nachrichtlich:
Vereinigungen und Verbände

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)1888 681-4664

FAX +49 (0)1888 681-54664

BEARBEITET VON Herrn Mischlewitz

E-MAIL DII2AG@bmi.bund.de

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM Berlin, 24. Oktober 2005

AZ D II 2 - 220 210 - 1/9

BETREFF **Tarifvertrag zur Überleitung der Beschäftigten des Bundes in den TVöD und zur Regelung des Übergangsrechts (TVÜ-Bund)**

HIER Übertarifliche Gewährung einer Bewährungszulage nach Fußnote 1 der Vergütungsgruppe VII des Teils II Abschnitt N, Unterabschnitte I/II der Anlage 1 a zum BAT

BEZUG Mein Rundschreiben vom 10. Oktober 2005, Az.: D II 2 220 210/643

Mit den Durchführungshinweisen zur Überleitung der Beschäftigten in den TVöD vom 10. Oktober 2005 wurde unter 2.2.1.1.3 die außertarifliche Weiterzahlung von Funktions- und Leistungszulagen an Angestellte im Schreibdienst als persönliche Zulage erläutert. Darüber hinaus bin ich im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen damit einverstanden, dass die Bewährungszulage nach Fußnote 1 der Vergütungsgruppe VII des Teils II Abschnitt N, Unterabschnitte I/II der Anlage 1 a zum BAT außertariflich entsprechend § 9 TVÜ-Bund befristet bis zum In-Kraft-Treten einer neuen Entgeltordnung wie folgt gewährt wird:

- a) Übergeleitete Beschäftigte, denen die o.g. Bewährungszulage am 30. September 2005 zusteht, erhalten eine Besitzstandszulage entsprechend der Regelung des § 9 Abs. 1 TVÜ-Bund.
- b) Für übergeleitete Beschäftigte, die bei Fortgeltung des bisherigen Rechts die o.g. Bewährungszulage nach dem 30. September 2005 erworben hätten, gilt die Regelung des § 9 Abs. 2 TVÜ-Bund entsprechend. Voraussetzung ist demzufolge insbesondere, dass am 1. Oktober 2005 die für die Bewährungszulage erforderliche Zeit der Bewährung zur Hälfte erfüllt ist.



- c) Für die Gewährung der Besitzstandszulage gemäß den Buchstaben a) und b) gilt § 9 Abs. 4 TVÜ-Bund entsprechend; Voraussetzung ist damit unter anderem, dass die anspruchsbegründende Tätigkeit ununterbrochen ausgeübt wird.

Den Beschäftigten, die an Stelle der bisherigen Bewährungszulage eine übertarifliche Besitzstandszulage erhalten, ist schriftlich mitzuteilen, dass im Übrigen die Regelungen des § 9 Abs. 1 bzw. § 9 Abs. 2 TVÜ-Bund entsprechend gelten und dass es sich bei der Zahlung um eine befristete übertarifliche Maßnahme handelt, die längstens bis zum In-Kraft-Treten einer neuen Entgeltordnung erfolgt.

In entsprechender Weise sind alle Beschäftigten zu unterrichten, die an Stelle der bisherigen Funktionszulage im Schreibdienst und /oder der bisherigen Leistungszulage im Schreibdienst außertariflich eine persönliche Besitzstandszulage nach Ziffer 2.2.1.1.3 Buchstaben b) bzw. c) meines Rundschreibens vom 10. Oktober 2005 – D II 2 – 220 210/643 erhalten. Folglich ist diesen schriftlich mitzuteilen, unter welchen Bedingungen die Zahlung der persönlichen Besitzstandszulage nach Ziffer 2.2.1.1.3 meines o.a. Rundschreibens steht und, dass es sich dabei um eine befristete außertarifliche Maßnahme handelt, die längstens bis zum In-Kraft-Treten einer neuen Entgeltordnung erfolgt.

Dieses Rundschreiben wird im Gemeinsamen Ministerialblatt veröffentlicht.

Im Auftrag
Bredendiek
(im Entwurf gezeichnet)